

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 49.

Dienstag, den 27. Februar 1900.

11. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Der Kampf der Wiener Arbeiter.

Die Wiener Arbeiterschaft steht wieder mitten im Kampf um das Gemeinewahlrecht. Mit unergieblicher Kraft hatte sie sich im vorigen Jahre gegen den antisemitischen Wahlrechtsentwurf erhoben und der Forderung der ganzen Frühjahrsperiode hindurch geführt wurde — Demonstration nach Demonstration — schließlich die Regierung dazu gezwungen, daß sie dem guten Freunde Lueger den Dienst nicht zu erweisen wagte, seine Wahlform der kaiserlichen Sanction vorzulegen. Nach die Klärung der Wahlform rührte nicht an der Sache. Sie schien tödtlich. Und nun ist es den Antisemiten durch einen brutal schlaugen Schachzug und durch Ränke hinter den Kulissen gelungen, ihre Wahlreform wieder lebendig zu machen. Im März sollen nämlich die Neuwahlen des zweiten Wahlkörpers des Gemeinderates stattfinden. Zum ersten Male hätten bei dieser Wahl die Zensiten auf Grund der neuen Personaleinkommensteuer, die seit zwei Jahren in Kraft ist, wählen sollen. Die Wähler dieser Kategorie fürchten aber die Antisemiten, denn die Personaleinkommensteuer hat den Kreis der Steuerträger bedeutend erweitert und die besser gestellten Arbeiter steuerpflichtig und damit bei einer Steuerleistung von fünf Gulden auch wahlrechtlich gemacht. Ueberdies kämen die Arbeiter als Wähler gerade für den dritten Wahlkörper in Betracht, der bisher nur ausschließlich Herrschgebiel des antisemitischen Episcopats war. Da mußte jetzt schon bei den Wahlen für den zweiten Wahlkörper vorgebaut werden. Der Bürgermeister Lueger hat das einfachste Mittel der Abhilfe. Sein ihm slavisch gehobener Magistrat, der die Wählerlisten zusammenzustellen sollte, erklärte, er könne die Personaleinkommensteuerträger nicht in die Liste aufnehmen, weil sich das Statut auf die Einkommensteuer beziehe, die neue Steuer aber durchaus von der alten verschieden sei. Mit einem Federstrich beseitigte Lueger das Wahlrecht von etwa 90,000 Wahlberechtigten, auf administrativem Wege das Ziel zu erreichen, dem er auch mit seiner Wahlreform zugekehrt hatte.

Natürlich erhob sich gegen solche gewaltthätige und hinterlistige Gesetzverdrückung der Widerstand der Betroffenen, vor allem der Arbeiter und ihrer Presse und die Regierung, die ihrem Wunsche, sich's mit Niemand zu verderben, Entschuldigungen gern ausweicht, sah sich Angesichts einer solchen ungeheuerlichkeit denn doch gezwungen, etwas zu thun. Den Gemeinderath aufzulösen und die Wahlen selbst auszuschreiben, wagte sie nicht, der Zorn Luegers könnte für sie in Parlamen-ten tödtlich werden; ein Mittel, sonst direkt einzugreifen, und ihr nicht zu Gebote; nur den Benachtheiligten selbst ihre nach Feststellung der Wählerlisten die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof offen gelassen. Diese Notlage der Regierung nützte die Antisemiten aus, sie setzten ihr die Forderung auf die Brust: Entweder Wahlen mit dem Miesepotential der administrativen Ausschließung der Personaleinkommensteuerträger oder Wiederbelebung der im Altenraub ergraben Lueger'schen Gemeinewahlreform. Die Regierung schloß sich zu dem zweiten und berief den niederösterreichischen Landtag zu einer außerordentlichen Tagung ein, der sich nur mit der Gemeinewahlreform zu beschäftigen hat.

Am letzten Sonnabend nun hat dieser „gesetzgebende Körper“ diese „Reform“ ganz unverändert im Sinne des

Herrn Lueger beschlossen. Man hat die Deffentlichkeit über-rumpelt, indem man die beabsichtigte Erledigung der Vor-lage geheim hielt bis zum Tage vor der Veröffentlichung des Einberufungsdekrets. Und in vier Tagen hat dann der Land-tag, in dem Arbeiter nicht sitzen, die Sache „erledigt“ und es kommt jetzt nur noch auf die Einwilligung des neuen Kabinetts an, um jene Vorlage Gesetz werden zu lassen.

Die Lueger'sche Wahlreform ist das schufstige Nachwerk einer rücksichtslosen Partei- und Klassenpolitik. Nach dem be- stehenden Gemeinewahlrecht sind stimmberechtigt, außer den mit persönlichem Stimmrecht ausgestatteten Beamten und Doktoren die Träger einer Steuer von 5 fl. aufwärts. Die drei Wahlkörper scheiden sich nach steigenden Steuerstufen. Lueger hat nun, abgesehen von einer ihm günstigeren Auf- theilung der Mandate, als persönlich wahlberechtigte „In- telligenzwähler“ auch die Angestellten der Aktiengesellschaften und Verlehrsinstitute, fernerhin alle Diener des Hofes, Staates, Landes, der Stadt und der eben angeführten Institute bei- gezogen, den Zensus für den 3. Wahlkörper um 4 fl. und entsprechend nach ihm die übrigen Wahlkörper erniedrigt, zu- gleich aber die Personaleinkommensteuerträger des Wahlrechts beraubt. Außerdem bildete er einen vierten Wahlkörper des „allgemeinen Stimmrechts“, wo alle österreichischen Staats- bürger wahlberechtigt sind ohne Rücksicht auf die Steuer- leistung. Doch dieses Wahlrecht wurde an eine fünfjährige Sesshaftigkeit gebunden und zugleich sollte der vierte Wahlkörper aus 20 Mandate statt der 45 der privilegierten Wahlkörper erhalten. Die Einkommensteuer zahlenden Arbeiter sollten demnach das ihnen jetzt zukommende Wahlrecht in dem privi- legierten Wahlkörper verlieren, und im vierten Wahlkörper wären die Arbeiter durch die fünfjährige Aufenthaltspflicht be- zimgirt worden.

An diesem schneidigen Nachwerk, das der Zorn der Ar- beiter zertrümmert hat, hatte die Regierung wenig auszufehen. Sie verlangt bloß, daß die Sesshaftigkeit kürzer befristet werde und die Einkommensteuerträger wahlberechtigt bleiben, allein die Grenze der Aufenthaltsdauer giebt sie nicht an. Die Antisemiten haben sich fröhlich entschlossen, drei Jahre zu bewilligen, was in der Wirkung nicht weit verschieden ist von fünf Jahren, besonders wenn man erwägt, daß sie, die verwegenen Wahlschwindler der Welt, die Führung der Wählerliste in der Hand haben, ihren Leuten den Nachweis der Sesshaftigkeit erlassen und unseren Leuten ihn auf alle Weise erschweren werden. Und was die Personaleinkommen- steuer anlangt, so wollen die Antisemiten den Zensus für die übrigen Steuern bei 4 Gulden belassen, den für die Ein- kommensteuerträger jedoch auf 12 1/2 Gulden erhöhen.

Die Wiener Arbeiter haben nun in ihrer gerechten Em- pörung am Sonntag eine Riesenversammlung abgehalten, an der sich eine imponirende Demonstration an der Ringstraße angeschlossen, bei der es übrigens in Folge des provokatorischen Auftretens der Polizei zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und den Hütern der öffentlichen Ordnung kam.

Die Resolution, welche in der Massenversammlung der Wiener Arbeiter nach einer Rede des Genossen Schumayer einstimmige Annahme fand, lautet folgendermaßen:

Angesichts des von der christlich-sozialen Landtagsmajorität be- reits im Vorjahre beschlossenen Gewaltstreiches, genannt Gemeinewahlreform für Wien, hat die in überlegender Mehrheit sozial- demokratisch gesinnte Arbeiterschaft Wiens damals schon die Gelegen- heit wahrgenommen, ihren Standpunkt dieser Wahl-„Reform“ gegen- über zu präzisieren. Sie erhob mit gutem Recht die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht auch in der Ge-

meinde. Sie bezeichnete damals schon die sogenannte Wahlreform als das, was sie in Wirklichkeit war, als einen Raub an den Rechten der Arbeiterschaft. Nach einem harten und opferreichen Kampfe ist es ihr gelungen, zwei Regierungen davon abzuhalten; daß sie den Wahlrechtsraub der kaiserlichen Sanction unterbreiten.

In der Erwägung nun, daß sich doch eine selbster schon ver- schwindende Regierung gefunden hat, die diesem Wahlrechtsraub nicht nur gewogen war, sondern ihn noch für ausführbar hielt, in weiterer Erwägung, daß sie an dem Tage, an dem sie ihres Amtes entsetzt wurde, rasch noch ihre Umleitung zur Perfektion des Wahlrechts- raubes an den Landesauschuß von Niederösterreich richtete; daß sich dieser beiläufig die Nebenanwendung darauf zu ziehen und mehr als 122,000 eine Personaleinkommensteuer bis zu 24 Kronen leistende Steuerträger jenes Rechtes beraubte; daß selbst Steuerträger, die 8 Kronen Steuer zahlen, doppelt besteuert, läßt es die heute tagende Versammlung für ihre Pflicht, zu erklären, daß sie gegen diesen ver- vollstänndeten Wahlrechtsraub nun so nachhaltig protestiert, als derselbe gemeiner ist als der im Vorjahre seitens der Christlich- Sozialen verbrochene.

Die Versammlung erklärt, daß eine Wahlreform, von der be- hauptet wurde, daß mit ihr den Arbeitern das ihnen gebührende Recht werden soll, schamloser noch nie beschlossen ward; daß der Ausschluß von mehr als 122,000 bis zu 24 Kronen Personalein- kommensteuer zahlenden Personen vom Wahlrecht im dritten Wahl- körper eine schreiende Ungerechtigkeit ist; daß der Nachweis auch eines dreijährigen Sesshaftigkeit geeignet ist, tausende Arbeiter auch um das Wahlrecht in der allgemeinen Kurie zu bringen; daß die über- lassenen zwanzig Mandate für diese allgemeine Kurie eine boden- lose Niederträchtigkeit sind, welche aber wohl beweist, wie groß die Feigheit der Herren in der Gemeinde und im Lande, der Wahl- rechtsräuber, vor den Arbeitern ist.

Die heute hier Versammelten erklären namens der Majorität der Wiener Arbeiter, die mit den Wahlrechtsräubern nichts gemein haben daß sie auch diese „Wahlreform“, die ein Hohr ist gegenüber den Rechten, welche den Arbeitern vorerhalten werden, mit Entrüstung zurückweist.

Weiter erklären die Versammelten, daß die Art und Weise, in welcher dieser allerneueste Wahlrechtsraub zustande kam, an und für sich schon ein Skandal ist. Die Versammelten drücken dabei allen am Wahlrechtsraub beteiligten Personen ihre tiefste Verachtung aus und erklären, daß sie sich keineswegs über die Volkstündlichkeit der Partei des Lueger hinwegtäuschen lassen, und daß dessen Grebe vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht allen Arbeitern gegenüber nur Schwindel ist.

Die Versammelten erwarten von der Regierung, in deren Mitte der Gewerke dieser unerhörten Wahlreform sich befindet, sie werde im Stande sein, zu erkennen, daß diese Wahl-„Reform“ nur gemacht wurde, um die Herrschaft der am Minder beständigen Partei zu verfestigen, daß dieselbe geeignet ist, das Rechtsbewußtsein der Arbeiterschaft auf das nachschärfste zu erbittern, und daß sie deshalb schon diese Wahl-„Reform“ nicht der Sanction unterbreiten dürfe. Diesen ihren Wünschen wird die Wiener Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Nachdruck zu geben wissen.

Die Sympathien aller anständigen Leute werden in diesem Kampfe auf Seiten der Wiener Arbeiter sein.

### Ein feines Geschäft.

Wie aus Erörterungen der Budgetkommission hervorgeht, werden die gesammten Panzerplatten ausschließlich von Krupp und Sturm geliefert, die sich überdies koalirt haben. Wie wir der „Freis. Ztg.“ entnehmen, bedingen die Ausführungen des neuen Flottenplans Lieferungen von Panzerplatten zum Preise von nicht weniger als 279 Millionen Mark. Es wurde in der Kommission behauptet, daß von diesen 279 Millionen Mark 176 Millionen Mark reiner Unter- nehmergewinn seien in Folge der Monopolisirung der Lieferungen. Staatssekretär Tirpitz erklärte, über diesen Unternehmergewinn keine Auskunft geben zu können, er bemerkte nur, daß sich die Lieferung ja auf eine Reihe von Jahren vertheile. In dem Betrage von 279 Millionen sind die Ge- schloßlieferungen noch nicht einbezogen, und ebensowenig ist in dem Betrage die Verbindung von Schiffshauten für die von

## Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.

Deutsch von Kurt Baake.

(Nachdruck verboten.)

So ging das nun weiter. Auch die ersten Präsidenten und ersten Staatsanwälte bei den kaiserlichen Landgerichten, Brigadegeneräle und Kontreadmirale, die Bischöfe und schließlich auch die Bürgermeister der Hauptstädte von Frankreich bezirkten erster Klasse sollten baronisiert werden, nur werden bei ihnen zehn Dienstjahre verlangt.

„Jedermann wird also Baron!“ brummte Rougon

seine Kollegen liebten es, ihn als Menschen von schlechter Verbindung zu betrachten und zogen ernste Gesichter, um ihm schändlich zu machen, daß sie solchen Spaß für sehr unan-nehmlich hielten. Der Kaiser hatte ihn scheinbar nicht gehört. Er fragte er, als die Vorlesung beendet war:

„Was denken Sie von dem Entwurfe, meine Herren?“

Die Herren wußten nicht recht, wer antworten sollte und stellten eine direktere Frage ab.

„Herr Rougon, was denken Sie von dem Entwurfe?“

„Gott, Majestät“, erwiderte der Minister des Innern lächelnd dabei mit ruhigem Gesichte, „viel Gutes denke ich davon. Er birgt die schlimmste Gefahr, die Gefahr der Unvollständigkeit. Ja, ich möchte fürchten, daß all diese Barone aus bloßem Stoff zum Lachen abgeben würden. . . . Ich will nur einige Erwägungen in den Vordergrund stellen, das Ge-heimliche der Gleichheit, das heute herrscht, die wahnsinnige Eitel-keit, die ein solches System entwickeln müßte.“

Der Siegelwahrer schnitt ihm das Wort ab. Der Kaiser war sehr schmerzhaft und sehr beleidigt und verteidigte sich,

selber bürgerlich, sagte er, sei der Sohn eines Bürgers und würde es niemals fertig bekommen, die Gleichheitsprinzipien der modernen Gesellschaft zu verletzen. Der neue Adel solle ein demokratischer Adel sein. Das Wort „demokratischer Adel“ drückte seinen Gedanken veranlichlich am besten aus, denn er wiederholte es mehrmals. Rougon erwiderte und lächelte da- bei beständig. Er wurde nicht böse, aber der Siegelwahrer, ein dürres, schwarzes Männchen, wurde schließlich ausfallend und persönlich verletzend. Der Kaiser blieb dem Streite scheinbar fremd; er starrte wieder in das helle Licht, das aus dem Fenster ihm gegenüber hineinfiel und wiegte langsam die Schultern. Doch als die Stimmen immer lauter wurden und sich mit seiner Würde nicht mehr vertrugen, flüsterte er:

„Meine Herren, meine Herren . . .“

Nach einer kleinen Pause fuhr er fort:

„Herr Rougon hat vielleicht recht . . . Die Frage ist noch nicht spruchreif. Sie muß auf anderen Grundlagen fundirt werden. — Wir wollen später noch einmal darauf zurückkommen.“

Der Ministerrath beschäftigte sich nunmehr mit einigen Dingen von untergeordneter Bedeutung. Hauptächlich war von einem Artikel des „Siecle“ die Rede, der eben bei Hofe großes Aergerniß gegeben hatte. Keine Woche verging, wo der Kaiser nicht von Leuten seiner Umgebung gebeten worden wäre, das Blatt, das einige noch bestehende republikanische Organ, verbieten zu lassen.

Aber Se. Majestät war persönlich der Presse sehr mißbe- gegnet und ergöhte sich häufig in der Verschwiegenheit ihres Arbeitszimmers daran, lange Erwiderungen auf die Angriffe gegen ihr Regiment zu verfassen; ihr uneingestandenem Lieb- lingswunsch war, eine Zeitung ganz zu ihrer Verfügung zu haben, worin sie Manifeste veröffentlichen und Polemiken an- knüpfen konnte. Doch entschied Se. Majestät heute, daß der

Die Exzellenzen glaubten nun, daß der Ministerrath zu Ende sei. Das ging aus der Art hervor, wie die Herren auf dem Rande ihrer Sessel saßen. Der Kriegsminister, ein General mit gelangweiltem Gesichte, der während der ganzen Sitzung nicht einen Laut von sich gegeben hatte, zog sogar schon seine Handtasche aus der Tasche. Da lehnte sich Rougon schwer mit den Ellenbogen auf den Tisch.

„Majestät“, sagte er, „ich möchte vor dem Ministerrathe einen Konflikt zur Sprache bringen, der zwischen der Kolpor- tage-Kommission und mir wegen eines Werkes entstanden ist, das zum Stempel vorliegt.“

Seine Kollegen lehnten sich wieder in ihre Sessel zurück, und der Kaiser drehte sich halb um und nickte leise zum Zeichen, daß der Minister des Innern fortfahren dürfe.

Nun gab Rougon zunächst eine ausführliche Einleitung. Jetzt lächelte er nicht mehr und sah nicht mehr gutmüthig aus. Ueber den Rand des Tisches gebeugt, erzählte er, während sein rechter Arm in regelmäßiger Bewegung über die Decke hin- und herfuhr, daß er selber einer der letzten Sitzungen hätte prälsiren wollen, um den Eifer ihrer Mitglieder an- zufeuern.

„Ich habe Ihnen die Ansichten der Regierung über die Verbesserungen auseinandergesetzt, die in dem wichtigsten Dienstzweige, womit sie betraut sind, vorgenommen werden müssen. . . . Der Kolportagebuchhandel würde zu einer ersten Gefahr werden, wenn sich die Revolutionären dieser Waffe bemächtigten, wenn er darauf blühte, Streik- und Haß wieder zu beleben. Die Kommission hat also die Pflicht, jedes Wort von der Kolportage auszuschließen, das Leidenschaften nährt und aufreizt, die nicht mehr zeitgemäß sind. Sie soll dagegen die Bücher zulassen, deren anständige Gefinnungen ihr geeignet erscheinen. Glaube an Gott, Liebe zum Vaterland, Dank-barkeit gegen den Herrscher zu erwecken.“











